

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

259 (2.11.1865)

# Beilage zu Nr. 259 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. November 1865.

## Deutschland.

**Hamburg, 28. Okt. (Edln. Btg.)** Am 23. d. M. und gestern haben die allgemeinen Wahlen der Bürgerschaft stattgefunden, indem mit Ende dieses Jahres die Hälfte der bisherigen Mitglieder derselben verfassungsmäßig ausscheidet. Die hiesige Bürgerschaft besteht aus 192 Mitgliedern, von denen 84 durch allgemeine direkte Wahlen mit geheimer Stimmabgabe, 48 von den Grundeigentümern, und 60 von den Gerichten, Deputationen und verschiedenen Kollegien, die sich meistens selbst ergänzen, gewählt werden. Letztere 60 Abgeordnete bilden der Natur der Sache nach den permanenten konservativen oder gemäßigt-liberalen Theil der Bürgerschaft, und haben bisher mit einem Theil der Abgeordneten der Grundeigentümer und aus den allgemeinen Wahlen die Majorität in der Bürgerschaft, und seit 1859 in allen wichtigeren Dingen die schließliche Entscheidung gehabt. Als vor drei Jahren zum ersten Mal die Hälfte der Bürgerschaft erneuert wurde, gewann die sogenannte demokratische Partei oder die Linke der Bürgerschaft eine bedeutende Stärkung. Bei den jetzigen Wahlen hat diese Partei allen ihren Einfluß aufgehoben, um die Zahl ihrer Anhänger in der Bürgerschaft weiter zu vergrößern und die Majorität zu werden. Allem Anschein nach wird ihr dies gelingen, denn bei den allgemeinen Wahlen am 23. und 27. Okt. haben die Demokraten einen vollständigen Sieg errufen, und in allen Bezirken bis auf zwei ihre Kandidaten durchgesetzt. Die sogenannte liberale Partei hat bedeutende Anstrengungen gemacht, konnte jedoch in der großen Mehrzahl der Distrikte nicht durchdringen. In nächster Woche finden nun noch die Wahlen durch die Grundeigentümer statt, und auch hierbei wird die demokratische Partei voraussichtlich wenigstens ihr bisheriges Terrain behaupten, so daß sie mit sehr großer Wahrscheinlichkeit vom Januar nächsten Jahres an auf eine sichere Majorität in der Bürgerschaft wird rechnen können. Die Hauptpunkte des Programms derselben bestehen in einer durchgreifenden Reform des hiesigen Militärwesens durch Abschaffung der Stellvertretung und Bekämpfung der Einrichtungen bei den sich wesentlich selbst ergänzenden Verwaltungsdeputationen, namentlich der Delegation von Mitgliedern derselben in die Bürgerschaft. Bisher hat die demokratische Partei in der Bürgerschaft fast durchweg nur einen negativen Charakter bewiesen und einen Mangel an sachkundigen Arbeitkräften gezeigt, welche letztere der liberalen Partei, hauptsächlich freilich durch die Deputationsdelegationen, in reichem Maße zu Gebot stehen. Es muß sich nun zeigen, ob sich dies vom nächsten Jahr an ändern wird, wenn die Majorität in der Bürgerschaft gewechselt hat. Viele besorgen, daß in Hamburg in den nächsten Jahren vielfache wesentliche Differenzen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft hervortreten werden, da der Senat, wie die Erfahrungen der letzten Zeit öfters dargelegt haben, so leicht nicht nachgibt.

## Amerika.

\* Der Dampfer „Mexican“ hat Daten aus Colon vom 29. Sept., aus Kingston vom 4. Okt., und aus Port-au-Prince vom 8. Okt. nach Liverpool gebracht. Die politischen Zustände in Kuba hatten sich noch verschlimmert. Die Stadt Rio Hache war im Besitz der Aufständischen geblieben, welche mehrere große Etablissements geplündert hatten. Auf Santa Marta war noch kein Angriff geschehen, doch trafen die Regierungstruppen Vorbereitungen in Erwartung eines solchen. In Panama herrschte wieder Ruhe, die Injungen waren geschlagen, ihrer Führer verbannt worden. Auf Haiti hatte sich nichts geändert. Die Regierungstruppen hielten Cape Haitien, die von den Rebellen besetzte Festung, unthätig umzingelt. Präsident Geffrard erwartet in Gominas die Ankunft der kürzlich in den Vereinigten Staaten angekauften Panzerschiffe. Man glaubt, daß die Eroberung von Cape Haitien noch viele Mühe und große Kosten an Gut und Blut verursachen wird.

## Generalversammlung des Nationalvereins.

(Abend Sitzung.)

**Frankfurt, 29. Okt. (N. Fr. B.)** Die Sitzung wird um 4 1/2 Uhr durch den Präsidenten Hrn. v. Bennigsen wieder eröffnet. Nagel verliest den Geschäftsbericht des Ausschusses, dessen wesentlichen Inhalt wir bereits mitgeteilt haben. Fries erstattet hierauf bei sehr gelichteten Vätern Bericht über den Prozeß gegen die Roskoder Mitglieder des Nationalvereins, und verliest folgende Ausschlußanträge:

- 1) Die Versammlung erklärt, in der Kaffation des von dem Roskoder Magistrat erteilten freisprechenden Erkenntnisses und der Wiederherstellung des aufgehobenen Beschlusses des Polizeiamtes liegt ein Akt der Kabinettsjustiz, welcher nicht nur allgemein anerkannt, in den Grundrechten des deutschen Volkes, und in der medienburgischen Verfassung vom 11. Okt. 1849 gewährleistete Rechtsgrundsätze, sondern auch ausdrückliche Bestimmungen des Bundesrechts, ja sogar die in Medienburg thatsächlich bestehenden älteren Rechtszustände schwer verletzt. 2) Die Versammlung erklärt es als Pflicht des Nationalvereins an, die Roskoder Mitglieder wegen der ihnen widerrechtlich angefügten Strafen und Kosten schadlos zu halten, und beauftragt den Ausschuß mit der Ausführung, welche von der Versammlung einstimmig angenommen werden. Es folgt die Wahl der Revisionskommission. Als Mitglieder werden die H. Knorr (München), Guthheil und Kumppenhans gewählt. Fries eröffnet hierauf die Diskussion

über die Wehrfrage, bezüglich deren der Ausschuß folgende Anträge stellt:

Die Versammlung erklärt: Die allgemeine Wehrpflicht, welche, ohne übermäßige Belastung des Volkes, nur in Verbindung mit sehr kurzer Präsenzzeit durchgeführt werden kann, erfordert die militärische Vorbildung der noch nicht dienstfähigen Jugend. Dieselbe hat mit dem Turnen zu beginnen und ist möglichst bis zur selbstmässigen Ausbildung der Kompanie durchzuführen. Der Nationalverein fordert seine Mitglieder auf, zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Zunächst ist insbesondere anzustreben: 1) Die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an allen Schulen, auch den Volksschulen. 2) Die Gründung von freiwilligen Jugendwehren, besonders in den Städten, welche sich entweder an die Schulen anschließen haben, oder, wo es möglich ist, die Unterföhrung des Militärs in Beziehung auf den Unterricht gewinnen sollten. 3) Ferner die Anstellung vom Staat besoldeter Offiziere als Jugendwehreinstruktooren. 4) Ueberlassung von Exercirgewehren an die Jugendwehren vom Staat. 5) Herabsetzung der Präsenzzeit im Frieden für die in der Jugendwehr Ausgebildeten. 6) Erleichterung der Schließungen für die Jugend in den Schützenvereinen.

Blum aus Heidelberg begründet dieselben. Die Wehrhaftmachung des Volkes sei vor Allem durch die umfassende Einführung der Jugendwehren bedingt; würden diese vernachlässigt, so sei ein gesundes Volkswehr-System unmöglich. Man habe in Süddeutschland weit mehr Ursache, auf die Einführung der Jugendwehren zu dringen, als in Preußen, wo die Landwehr und das Institut der einjährigen Freiwilligen schon die Elemente für ein Volkswehr und die Beschaffung tüchtiger Führer bildeten. Neben gibt dann einen Ueberblick über die bestehenden Jugendwehren, deren Einrichtung in der Schweiz und den deutschen Staaten, und empfiehlt schließlich die Annahme der Ausschlußanträge. In gleichem Sinn sprechen die H. J. Wirth (Frankfurt) und Eichholz (Hannover), welcher letztere bei dieser Gelegenheit der Verdienste der „Deutschen Wehrzeitung“ und der an derselben beteiligten Offiziere rühmend gedenkt. Die Ausschlußanträge fanden einstimmige Annahme.

Die Versammlung ging hierauf zur Wahl der Ausschlußmitglieder über. Während der Stimmzählung erstattete Duncker Bericht über die Verwendung der Zinsen des Flottenfonds, bezüglich deren der Ausschluß folgende Anträge stellt: Der Ausschuß des Nationalvereins beantragt: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß von den vorhandenen Zinsen aus dem Flottenfonds von 11,363 fl. folgende Unterabteilungen für maritime Einrichtungen gewährt werden, als: 1) eine Beihilfe von 7000 fl. wird den Rettungsvereinen Schiffbrüchiger an den deutschen Küsten gewährt; 2) der Restbetrag wird zur Erweiterung der Lokalitäten und Verpflegung des Lehrpersonals der Seemannsschule in Hamburg überwiesen.

Von Mitgliedern des Nationalvereins zu Leipzig, Oldenburg, Dresden und Wolfenbüttel sind dagegen Anträge eingelaufen, welche den größeren Theil der Zinsen des Flottenfonds als Unterstützung für die Erfindung des Submarin-Jugeneurs Bauer (unterseeische Geschütze) verwendet wissen wollen.

Duncker: Der Ausschuß habe geglaubt, daß einer solchen Verwendung große Bedenken entgegenstehen. Ueber die Erfindung Bauer's habe derselbe in seiner Gesamtheit, abgesehen von subjektiven Ansichten, kein sicheres Urtheil sich bilden können; für ihn sei maßgebend, daß der Flottenfond dazu bestimmt sei, Deutschland zur See wehrhaft zu machen, und lediglich in diesem Sinn dürfe also die Verwendung erfolgen. Das Kapital müsse ruhen, bis von Preußen und den Küstensaaten die Herstellung einer deutschen Flotte ernstlich in Angriff genommen werde. Wenn man dagegen bedenke, wie eine große Zahl von Schiffen jährlich an den deutschen Küsten durch Stürme z. verloren gehen, und wie viel Leben dagegen an der englischen Küste durch die Rettungsanstalten für Schiffbrüchige gerettet worden, so empfehle sich wohl der Antrag des Ausschusses, einen Theil der Zinsen des Flottenfonds für diesen Zweck zu verwenden, von selbst. Da in Deutschland mehrere Vereine, welche sich jenen Zweck vorgesetzt haben, gebildet seien, so entstehe freilich die Frage, welchem von diesen Vereinen die in dem Antrag bezeichnete Summe von 7000 fl. anzuhändigen sei; die Entscheidung hierüber könne man aber wohl mit vollem Vertrauen dem neu zu wählenden Ausschuß überlassen. Der zweite Theil des Ausschlußantrages wolle den Rest der Zinsen des Flottenfonds der Seemannsschule in Hamburg zugewendet wissen, weil diese Anstalt gewissermaßen das lebendige Material für die künftige deutsche Marine schaffe. Gewiß sei also diese Verwendung der ursprünglichen Bestimmung des Fonds angemessen; er empfehle deshalb die Annahme der Ausschlußanträge.

Da auf die Frage des Präsidenten Niemand zur Begründung der obenwähnten Anträge das Wort verlangt, so erhält dasselbe Fries aus Weimar, um einen selbständigen Antrag auf Bewilligung einer Unterstützung von 1000 fl. für die Bauer'sche Erfindung einzubringen und denselben zu begründen. Man sei es den Mitgliedern des Nationalvereins, welche sich so lebhaft für die Bauer'sche Erfindung interessieren, schuldig, ihren Wünschen in irgend einer Weise Rechnung zu tragen. Wenn er die bedeutenden Summen, welche von den Leipziger Mitgliedern vorgeschlagen seien, auf den verhältnismäßig geringen Betrag von 1000 Gulden herabsetze, so wolle er keineswegs damit Bauer's Unternehmen unterschätzen haben.

Bauer (von der Versammlung mit großem Beifall begrüßt) schildert in längerer Rede die Geschichte seines Unternehmens, dessen Werth bereits von mehreren Regierungen,

namentlich von dem preussischen Kriegsministerium und den österreichischen Seebehörden gewürdigt worden sei. Aber vergeblich habe er diese Regierungen um materielle Unterstützung des Unternehmens angegangen; sie glaubten mit der lobenden Anerkennung genug gethan zu haben. Jetzt stehe er vor dem Nationalverein und seinen Flottengeldern, aus denen ihm nach dem Antrag des Hrn. Fries eine Summe von 1000 fl. zugewendet werden solle. Um seine Unternehmung zu fördern, sei dies aber zu wenig, und er halte es deshalb für seine Pflicht, die armen Schiffbrüchigen nicht um diese Summe zu verkürzen. Er danke für das ihm dargebotene Almosen. Nur an Eines wolle er erinnern. Die Herstellung einer preussischen Panzerflotte, wie sie im Plan liege, werde eine Summe von 165 Mill. Thln. erfordern; komme seine Erfindung zu Stande, so seien diese Panzerschiffe unnütz, denn sie würden durch das unterseeische Geschütz leicht zerstört werden. Der Nationalverein möge sich also fragen, ob er seine Flottengelder für diese Panzerschiffe verwenden, oder durch Bewilligung einer verhältnismäßig kleinen Summe sich vorher die Gewißheit verschaffen wolle, ob diese Panzerschiffe nicht gleich gewöhnlichen hölzernen Schiffen in die Luft gesprengt werden können. Seine Erfindung gehöre der Welt an, er kenne keine Nation; wolle man ihm vielleicht zumuthen, am Jarstrand sitzen zu bleiben und zu warten, bis ein deutsches Reich gebildet sei? Wenn man ihn jetzt in Deutschland nicht unterstütze, so müsse er weiter gehen; — „entweder Sie geben mir, oder Sie fagen: Lebe wohl Bauer mit Deinem ganzen Kram!“

Der Präsident zeigt an, daß Hoheneimser, Bürger und Genossen den Antrag gestellt haben, die für die Rettungsanstalten ausgelegte Summe von 7000 fl. zu theilen und davon die Hälfte an Bauer zu verwilligen. Es sprechen für diesen Antrag Benedey und Becker, dagegen Goette aus Hamburg und Lang aus Wiesbaden, welcher letztere, ankämpfend an die Aeußerung Bauer's, daß er keine Nation kenne, die Frage aufwirft, mit welchem Recht sich dann Bauer an den Nationalverein wende. Nach diesem Ausspruch könne man ja nicht einmal sicher sein, ob seine Erfindung nicht bereits gegen Deutschland selbst angewendet werde. Dr. Reinganum (Frankfurt): Eine Aeußerung, die Hrn. Bauer in der Höhe der Rede entfallen sei, dürfe man nicht ohne weiteres ihm als Verbrechen anrechnen wollen. Man handle gegen Bauer, wie schon gegen manchen großen Erfinder gehandelt worden sei; er erinnere nur an Columbus, Salomon de Caur und Andere. Die 1000 Gulden, die man hier Hrn. Bauer biete, seien der Obolus des Belisar. Der Nationalverein scheine sich nicht nur mit hoher, sondern mit „höchster“ Politik zu befassen; wirklich praktische Interessen dagegen seien für ihn nicht vorhanden. Man möge es doch verhüten, daß von der heutigen Versammlung gesagt werden könne: „Der Bismarck hat gesiegt, der Bauer hat unterlegen!“ (Lang anhaltender Beifall.) Die letzte Aeußerung des Vorredners rufe eine lebhafte Entgegnung des Hrn. v. Rochau hervor, welcher jene Worte für eine Beladigung der ganzen Versammlung erklärt und den Redner zur Ordnung gerufen wissen will. Der Präsident v. Bennigsen erklärt, daß er die Aeußerung des Hrn. Reinganum nicht als unparlamentarisch bezeichnen könne, wenn auch dieselbe ihm persönlich politisch höchst ungerechtfertigt erscheine. Der Redner habe nur eine in seinen Kreisen ohne Zweifel vielfach verbreitete Meinung ausgesprochen.

Nachdem Bauer nochmals gesprochen und Duncker einige thatsächliche Berichtigungen gemacht, wurde der Antrag von Hoheneimser und Genossen angenommen. Der Präsident theilt hierauf das Resultat der Wahlen zum nächstjährigen Ausschuß mit.

Damit waren sämmtliche Gegenstände der Tagesordnung erledigt. Um 9 1/2 Uhr wurde die Versammlung von dem Präsidenten mit einem Hoch auf Frankfurt und das deutsche Vaterland geschlossen.

w. Mannheim, 30. Okt. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend 200 Zollpfd. 10 fl. 40 G., 10 fl. 45 P., ungarischer 10 fl. 20 G., 10 fl. 30 P., auf Lieferung per März 10 fl. 45 P. — Roggen, eff. 8 fl. G., 8 fl. 15 P., auf Lieferung per April 8 fl. 30 P. — Gerste, eff. hies. Gegend 8 fl. 30 G., 8 fl. 45 P., fränkische 8 fl. 20 P., württembergische 8 fl. 12 G., 8 fl. 15 P., Pfälzer 1. 8 fl. 30 G., 8 fl. 45 P. — Hafer, eff. neuer, 100 Zollpfd. 3 fl. 40 G., 3 fl. 45 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. 10 fl. 45 P. — Delsamen; hiesländ. Rohleins 24 fl. 30 G., 25 fl. P. — Bohnen 14 fl. 30 G., 15 fl. P. — Linsen 15 fl. bis 25 fl. P. — Widern 10 fl. P. — Klebsamen, deutscher 1. 27 fl. 30 G., 28 fl. P., deutscher 2. 25 fl. 36 P., Provencer 30 fl. P., Pfälzer 23 fl. 30 P. — Del: 100 Zollpfd. (mit Faß), Keindl, eff. Inland in Parthien 24 fl. 30 G., 24 fl. 45 P., saßweise 25 fl. P.; Rüböl, eff. Inland, saßweise 29 fl. G., 29 fl. 30 P., in Parth. 28 fl. 30 G., 29 fl. P. — Mehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 10 fl. 30 G., 11 fl. P., Nr. 1 9 fl. 15 P., Nr. 2 8 fl. 15 P., Nr. 3 — fl. G., 6 fl. 15 P., Nr. 4 4 fl. 45 P., norddeutsches im Verhältniß billiger, sächsisches Nr. 0 7 fl. 30 P.; Roggenmehl Nr. 0 und 1, Stettiner 6 fl. 15 P. — Branntwein, eff. (50 % u. Kr.), trans. (160 Lit.) 17 fl. 30 P. — Spirit, 90% trans. 38 fl. bis 39 fl. P. — Petroleum, in Parthien verzollt, nach Qualität 25 fl. 45 G., 26 fl. P.

Für Weizen war gute Kauflust; Roggen besser beachtet und Gerste bei belangreichen Zufuhren regelmäßiger Abzug zu notierten Preisen. Mehl schwache Bedarfsfrage. Rüböl und Keindl unverändert. In Klebsamen blieben die Umsätze schwach ohne Aenderung der Preise. Petroleum bei geringen Borräthen sehr fest.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Koenlein.

